

Kleine Anfrage 124

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Auslegung der Kommunalverfassung II

Zunehmend häufen sich die Beschwerden aus Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten, dass die Kommunalverfassung durch die Gemeindeverwaltungen und die Hauptverwaltungsbeamten in Kommunen im Land Brandenburg nicht mehr ernstgenommen und willkürlich ausgelegt werden.

So ist in § 46, Abs. 1 Nr. 2 der Brandenburger Kommunalverfassung geklärt, dass der Ortsbeirat vor bestimmten Entscheidungen die Gemeindevertretung anzuhören hat. Nunmehr ist es offensichtlich in einigen Gemeinde gang und gäbe, dass Ortsbeiräte, obwohl es zu ihren originären Rechten gehört, nicht mehr angehört werden.

Wenn Ortsbeiräte dies monieren, werden sie abgeschmettert. Insbesondere findet in einigen Gemeinderäten und Kommunalverwaltungen die Tatsache statt, dass die Ortsbeiräte erst nach den Aufstellungs- und Auslegungsbeschlüssen zu Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen der Gemeindevertretung einbezogen werden, was von der Rang- und Reihenfolge natürlich nicht richtig sein kann.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass die Ortsbeiräte vor wichtigen Entscheidungen gemäß § 46, Abs. 1, Nr. 2 der Kommunalverfassung anzuhören sind?
2. Welche Konsequenzen hat die Verweigerung der frühzeitigen und gemäß Gesetz vorgeschriebenen Anhörung des Ortsbeirates für die Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung und die Rechtmäßigkeit der entsprechenden Beschlüsse?
3. Sind die Hauptverwaltungsbeamten verpflichtet, die Einbeziehung der Ortsbeiräte vor Beschlussfassung von Verwaltungsvorlagen in der Gemeindevertretung sicherzustellen? Und wenn eine Anhörung nicht stattgefunden hat, sind die entsprechenden Beschlüsse der Gemeindevertretung zu beanstanden, wenn dies von ihnen gefordert wird?
4. Ist es eine Rechtsverletzung, wenn der Hauptverwaltungsbeamte selbst die Beteiligung der Ortsbeiräte verweigert und somit eine Beschlussfassung in der Gemeindevertretung ohne Ortsbeiratsanhörung organisiert, die entsprechenden Beschlüsse veröffentlicht und umsetzt und wissentlich und vorsätzlich die Ortsbeiräte außen vorhält? Ist dies rechtskonform?

5. Welche rechtlichen Konsequenzen hat dies für einen Hauptverwaltungsbeamten? Ist das ein Grund für ein Disziplinarverfahren?